

Über dielehtigst steht auch diesen natürlichen Kreislauf der große Partei-Artikel außer Kraft.

Christoph Columbus löste die Frage, wie ein Ei auf der Spitze zum Stehen zu bringen lie, indem er die Spitze einpflopfte. Dr. Sugenberg schickt das Ei so heftig auf den Tisch, daß kein Unfall bei weiß und gelb über die Platte erlischt. Das Ei des Sugenberg wird nicht in die Weltgeschichte übergehen.

Der Fall des Studienrats Preß

Zu dem Bericht über die Verlegung des Kölner Studienrats Preß, der als Vertreter des Namens aus dem Schulleben gemäßigter wurde, schreibt uns der Leiter der Hofmann-Gesellschaft in Eustirchen, Studienrat Dr. v. Kempner, er habe auf Grund der Presse-Veröffentlichungen das Provinzial-Schulkollegium um eine Disziplinarische Untersuchung gebeten. Weiter erklärt Dr. v. Kempner:

1. Studienrat Dr. Preß ist nicht strafverfäht, sondern „im Interesse des Dienstes“ verlegt worden.
2. Er hat bis heute noch keinen Antrag gestellt, die Verlegung vollständig zu machen (Mittlung des Provinzial-Schulkollegiums).
3. Den Antrag auf Verlegung hat der Direktor aus eigenem Antrieb, nicht erst auf den Protest der Lehrer gestellt, und zwar aus folgenden Gründen: In dem Roman werden völlig sich erfindende Episoden des Kaisers so dargestellt, als ob sie an der Schule vorgefallen wären. Die Personen, denen die Rollen in diesen Episoden ausgeteilt werden, sind äußerlich kenntlich gemacht bzw. durch ihr Amt leicht zu erkennen. Das Buch wurde von einem hitzigen Vorkämpfer der Sentimentalität unter Benutzung des Verfassernamens und der Schule vertrieben. Alle Beamte der Schule vom Direktor bis zum Hausmeister hielten sich durch die Darstellung des Verfassers in ihrer Ehre schwer angegriffen. Ein gebührendes Zusammenarbeiten mit dem Verleger ist daher dem Direktor fernmehin unmöglich.
4. Dr. Preß wurde von dem Direktor nicht „vorläufig des Amtes entbunden“, sondern „die zur Entziehung durch das Provinzial-Schulkollegium beantragt“.
5. Die Aushebung der katholischen Vereine und der Verräter der Umgebung ist ohne Willen und Wissen der Schule erfolgt. Es geschah erst nachdem der Direktor den Antrag auf Verlegung dem Provinzial-Schulkollegium vorgelegt hatte. Die Verlegung der Verlegung hat sich nur dadurch verzögert, daß Dr. Preß in den Ferien nicht zu ertreten war.

Diese Mitteilungen befähigen im wesentlichen die Angaben, die in der „Hollischen Zeitung“ gemacht worden sind.

Stadtrat Raß wehrt sich

Ueber einige gegen Stadtrat Raß erhobene Vorwürfe brachte die gestrige Behandlung des Unterludungsaußschusses des Preussischen Landtages eine gewisse Klärung. In der letzten Bernehmung hatte ein heilige Schul behauptet, daß Raß mit seiner Hilfe die Grundstücke der Städtischen Gewerke in der Gildstraße habe veräußert. Ein Arzt Dr. Outmann, ein „Schwager des Stadtrats“, soll dabei als Vermittler aufgetreten sein. Stadtrat Raß lehnte ab, diese Art von Bernehmung überhaupt nicht kennen. Er habe weder einen Verwandten noch einen Bekannten mit dem Namen Outmann. Ein Mann dieses Namens sei ihm völlig unbekannt. Raß verlangte, Schulz und Outmann gegenübergestellt zu werden. Er fuhr dann wörtlich fort: „Nach den Bergehungen vor diesem Auschuß muß ich mit immer neuen Verdächtigungen rechnen. Deshalb teile ich bei dieser Gelegenheit dem Auschuß mit, daß ich einen Eideschwur habe, der bei jeder zweiten Jahren Staatsminister ist. Er heißt Bergmann, und ich kenne ihn zu wahren. Er hat sich, als ich noch nicht Stadtrat in Berlin war, Ende 1925 bei Stadtrat Völk um den Verkauf von Grundstücken am Zentralbahnhof bemüht. Das Geschäft wird erfüllt, als ich Stadtrat im Berliner Magistrat war. Ich hatte mit diesem Geschäft nichts zu tun, ließ auch nicht in der Deputation für den Vieh- und Schlachthof, was die Anregung zum Kauf ausging. Ich hatte auch keinerlei Anteil an der Preiszahlung Bergmanns. Demnach habe ich auf Bergmann eingewartet, lo habe er keine Vermittlerrolle mehr für die Stadt ausgeübt hat. Das wird durch eine Nachprüfung aller Geschäfte beim zentralen Magistrat bestätigt werden.“

Der Magler Dr. Neumann bestätigt, daß Raß ihm ausdrücklich gelagt hat, daß er keine Geschäfte mehr im Auftrage der Stadt mit ihm machen könne, wenn sein Verwandter Bergmann dabei beteiligt ist.

Der Bischof von Augsburg t

Am Sonntag nach im St. Ulrichsbau in Füssen in seiner vierzigsten Jahrestag der deutschen Bischöfe, Dr. Theob. und Dr. jur. Maximilian von Lingg, Bischof von Augsburg, der im März 88 Jahre alt geworden war, am Altershochzeit. Bischof von Lingg wurde im Jahre 1866 zum Bischof gewählt und hätte in zwei Jahren sein 30jähriges Jubiläum als Bischof feiern können. Ein Prälat von großer Höhe des Herzens und Weite der Weltanschauung, hat der verdorrte Bischof auch im konstitutionellen geistlichen Aufbau und der Förderung und Verwertung aller seiner Mitarbeiter im höchsten Maße erwiesen. Seine Erhebung auf den Bischofsstuhl wurde übrigens ferngeleitet von den intriganter Kreisen der „Anti-Motivisten“ wegen seiner Schridtigkeit am Bamberger Theologie-Seminar bestig bewußt.

Demokratische Kandidaten in Sachsen

Die drei höchsten Wahlkreiseverbände der Demokratischen Partei haben Dr. v. D. in allen drei Wahlkreisen als Spitzenkandidaten aufgestellt. In Dresden folgt nach Dehne der Professor Hermann Rahnert, in Leipzig Reinhold Claus und in Chemnitz Gustav Victor Grottel. Die dritte Stelle nimmt in Dresden Frau Ullrich-Bell ein.

Begründung des Osthilfegesetzes

Vorschläge für seine Durchführung

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag die Begründung zum Osthilfe-Gesetz und zum Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Abfahlabgabe vorgelegt. Die Gesamtspolitik der Deutschen Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung und die Bewirtschaftung aller Haushalte des Reiches und Preußens wird als leitenden Gesichtspunkt den berücksichtigen müssen, die Wiederherstellung des Friedens so zu fördern, daß die hier sich auftretende wirtschaftliche und nationalpolitische Gefährdung vermindert wird.

Ueber die zum Zwecke der Umföhrung in Aussicht genommene durch Reichsminister Forderungen gestützte Anleihe der Deutschen Rentenbank-Rechnung hat gefolgt:

Die Reichsregierung erkennt nicht, daß eine derartige Emmission für die übrigen, an den inländischen Kapitalmarkt erhobenen Ansprüche nicht erwünscht ist. Sie glaubt nicht, daß dieser Weg der Kapitalbeschaffung angeht der dringenden Notwendigkeit zur Stützung der öffentlichen Wirtschaft gerechtfertigt und mit geringeren Nachteilen verbunden ist als eine sonst kaum vermeidbare Kreditsmälerei.

Ueber die Durchführungsorgane heißt es in der Begründung u. a.:

Es ist in Aussicht genommen, an die Spitze jeder Landstelle einen besonderen Kommissar zu setzen und ihm die nötigen zur

wirtschaftlichen Prüfung befähigten Organe anzuschließen. Dem Kommissar ist als beratendes Organ ein Ausschuß zur Seite zu stellen, in dem sowohl die Gläubigerkreise (die hauptsächlich beteiligten Kreditinstitute, Handels- und Gewerbetreibenden usw.) wie die Schuldnerkreise vertreten sind.

Im Interesse der notwendigen öffentlichen Zustimmung wird sich die Tätigkeit der Kommissare auf die Mitarbeit örtlicher Vertrauensmänner und der in den Kreisen bestehenden Behörden (Finanzämter, Landratsämter) zu stützen hat. Zur Verwirklichung der notwendigen Zentralisierung wird die Behandlung der Klein- und kleineren Mittelbereiche den vorbestimmten, im Reich tätigen Behörden unter Berücksichtigung besonderer Vertrauensmänner zu übertragen sein. Ein Einleitungs-, Prüfungs- und Einführungsamt des Leiters der Landstelle wird in diesen Fällen führungsgeldlich sein.

Der Umfang der vom Jahre 1931 ab durchzuführenen größeren baulichen Maßnahmen wird von den Ausgaben der Reichsfinanzverwaltung abhängen sein. Erst nach ihrer Berücksichtigung kann für die Jahre 1931 bis 1934 ein Programm aufgestellt werden.

Um die Rechte der Beamten

Das „Freiheitsgesetz“

Der Unterludungsaußschuß des Preussischen Landtages, der prüfen soll, ob im Zusammenhang mit dem Volksabgeordneten-Freiheitsgesetz ungedröfertigte Abregelungen von Beamten festgefunden haben, legte am Montag seine Verhandlungen fort. Ein Vertreter des Justizministeriums erklärt mit Bezug auf die in einer früheren Sitzung gemachte Mitteilung des Berichterstatters, daß der Justizminister einen Notar in Halberstadt, den der Landgerichtspräsident wegen seines Eintretens für das Volksabgeordneten mit einem Disziplinarverfahren bedroht habe, keine Abreglung ausgesprochen habe: Der Notar haben sich in Halberstadt für das Volksabgeordneten eingestellt. Der Landgerichtspräsident hat nicht mit einem Disziplinarverfahren gedroht. Es ist lediglich dem Justizminister verboten. Der Justizminister hat aber keine Bewandlung genommen, seine Abreglung ausgesprochen.

Berichterstatter Abg. D. (Dm.) stellt nunmehr folgende Besondere: 1. Ladung des Preussischen Ministerpräsidenten als Zeugen, 2. Ladung des Reichsjustizministers Dr. Curtius, der angehen solle, was er mit seinen Ausführungen in einer Reichstagsungabe haben wollen: ... Wenn hier dielehtigst über das zulässige Maß bei Befämpfung des Freiheitsgesetzes hinausgegangen ist ...

Weiter erklärt der Berichterstatter: Es hat dem Schriftwechsel zwischen dem Preussischen Innenminister und dem Reichsjustizminister im Rattegebunden, worin der Innenminister dem Reichsjustizminister mitteilt, daß die Ladung der Beamten hierfür beantragt der Berichterstatter die Ladung einer Reihe höherer Beamten des Innenministeriums, aber auch des Justizministeriums, darunter des Justizministers selbst. Ferner die Ladung des Regierungspräsidenten Fehrmann, des Polizeipräsidenten Giergel, des Regierungspräsidenten von Lüneburg und der Landräte von Angermünde, Ralau, Altbergh, Minden, Neuhaldensleben, Stendal, Bremerwörde, Salze und Sorau.

Abg. C. r. a. h. (Dm.): Der Gegenstand der Untersuchung ist, inwieweit Beamte ihrer Amtspflicht gegen die Eingetragenen in das Volksabgeordneten geneigt haben. Das Volksabgeordneten sollte lediglich die Antragsstellung des Hoher Reichseinkommens verdienen. In seiner Rede vom 16. Oktober 1929 hat der Ministerpräsident Braun erklärt, mit den Beamtenpflichten sei eine Be-

teiligung am Volksabgeordneten, gleichviel in welcher Form, unvereinbar.

Abg. Dr. Hamburger (Sd.) bittet, die Ausführungen nicht auf allgemein zu halten, sondern sich auf tatsächlich erfolgte Vergehungen von Beamten zu beschränken. Das sei um so eher nötig, als jede Sitzung des Ausschusses 1000 bis 2000 Mark koste. Im übrigen habe der Staatsgerichtshof durchaus nicht bestritten, daß ein Beamter, der sich für das Freiheitsgesetz eingestellt habe, ein Disziplinarverfahren vermeiden könne. Ein dergleichen Frage solle bei nichtmündlicher Befragung von Beamten nicht vor-

Abg. C. r. a. h. (Dm.): Nach dem Volksabgeordneten Antrag der Antragsteller können wir nicht mit Steden befähigten, die der Ministerpräsident nach dem Willen des Volksabgeordneten gehalten hat. Die Ausführungen des Reichsjustizministers Dr. Curtius haben auch mit dem eigentlichen Untersuchunggegenstand nichts zu tun. Wir können deshalb die Zuzugenernehmung des Ministerpräsidenten und des Reichsjustizministers ab. Die übrigen als Zeugen benannten Beamten sollten durch die Amtsgeschichte vollständig vernommen werden, damit in dieser kritischen Zeit die Rollen des Reichstagens nicht zu hoch werden. Die Annahme, daß der Ministerpräsident bei seinem Vorhaben von dem Betreibern gelistet gewesen ist, Gefahren für seine Partei abzumachen, müssen wir zurückweisen angeht der historischen Verdienste, die wir ihm zuerkennen. Selbst wenn ihm ein Mißgünstig unterlaufen sein sollte, war das Motiv für ihn doch lediglich, Gefahren für den Staat abzumachen.

Nach Schluß der allgemeinen Bernehmung und weiteren Ausführungen über die Zweckmäßigkeit von Zeugenernehmungen, wozu der Berichterstatter, Abg. D., die Regierungsgesandten Dr. Fehrmann und die beiden Berichterstatter durch den Vorsitzenden und die beiden Berichterstatter erklärt, den Antrag auf Vernehmung der Beamten des Innenministeriums zunächst zurückzuziehen, dafür aber die Vernehmung des Abg. Orszelinski, das damaligen Innenministers, beantragt, beschließt der Ausschuß, den Ministerpräsidenten und die Minister Dr. Curtius und Schmidt vom Vorsitzenden und den beiden Berichterstatter in ihren Amtsbereichen vernommen zu lassen. Der Regierungsgesandten Dr. Fehrmann und Abg. Orszelinski vor dem Ausschuß zu hören und die übrigen Beamten sich zunächst öffentlich äußern zu lassen.

Seite 1004 Dr. Fehrmann und Polizeipräsident Giergel vom Ausschuß vernommen werden.

Thüringen — einstimmig!

Weimar, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst
Das thüringische Staatsministerium hat einstimmig — also auch mit Zustimmung des Vertreters der Deutschen Volkspartei — beschlossen, die Förderung der Reichsregierung auf Zurückziehung der Vernehmung der neuen thüringischen Volksgerichtsdirektoren abzugeben. Sollte der Reichsjustizminister eine Erörterung des Reichsausschusses für Volksabgeordnete vornehmen, so will Thüringen den Staatsgerichtshof anrufen.

Um den Schiedspruch in Nordwest

Nachdem die drei Metallarbeiterverbände beschlossen haben, den Schiedsbericht in dem Karziffpact der nordwestlichen Metallindustrie abzulehnen, hat jetzt die Hauptversammlung des Arbeiterbundesverbandes sich für die Annahme des Spruchs ausgesprochen. Da die Arbeitgeber die Verbindlichkeitsklärung beantragen werden, liegt jetzt die Entscheidung dem Reichsarbeitseinstimmig. Es ist anzunehmen, daß dieser von keinem Spruch die Parteien zu Verhandlungen zusammenrufen wird. Eine Entscheidung ist erst nach Pfingsten zu erwarten.

Drozak aus der Haft entlassen

Der Reichsausschuß über die Vernehmung Dr. Arne Drozak ist heute aus der Haft entlassen worden, da eine Verhandlungsfähigkeit nicht mehr vorliegt. Dr. Drozak wird beschuldigt, wesentliche junge Leute vom Reichsausschuß befreit zu haben. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang.

Die Bayern-Koalition bleibt

München, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst
Die Regierungskoalition von Bayerischer Volkspartei, Bayern- und Deutschenlisten wird voraussichtlich bestimmen bleiben, obwohl der Bauernbund bei seinem Widerstand gegen die Schlöcker-Regierung beharrt, die von der Bayerischen Volkspartei auf Verflechtung der Bayerischen Koalition zu lassen. Der Regierungsgesandten Dr. Fehrmann und Abg. Orszelinski vor dem Ausschuß zu hören und die übrigen Beamten sich zunächst öffentlich äußern zu lassen.

Mientimp legt nieder

Dortmund, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst
Der Zentrumsabgeordnete und Stadtverordneten-Vorsteher von Dortmund, Mientimp, wird beschuldigt, als Ergebnis des Reichs-Zentrumsverbandes, von den Gleitkittchen der Groß-einkaufs-Wirtschaft des Verbandes Schmeigelder in Höhe von mehreren hunderttausend Mark angenommen zu haben. Er hat jetzt sein Amt als Stadtverordneten-Vorsteher sowie den Vorsitz in der Bodumer Zentrumsparlei niedergelegt. Wie bekannt, ist eine Reihe von Parteiführern nach Westfalen gefahren, wo Mientimp für Zeit aufblüht, um ihn zur Niederlegung seines Reichstagsmandates zu bewegen. Gegen Mientimp wird ein Verbot erlassen wegen umfangreicher Steuerhinterziehungen.

Der Heimwehrschour

Bei den österreichischen Heimwehren, die zunächst ein unparteiisches und unpolitisiertes Programm vertraten, sind Bestrebungen im Gange, die diesen Charakter völlig verändern. Als Ausdruck dieser Strömungen kann der Schwur gelten, der in Wien und Niederösterreich verlangt wird. Er lautet:

„Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern. Wir wollen den Volkswillen der Schwärmer, wir fordern von jedem Kameraden den unzerstörbaren Glauben an Österreich, den ersten Schritt der Willkür und die lebensschädliche Eise zu sein. Wir wollen nach der Macht im Staat greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neuordnen. Wir müssen den eigenen Vorteil ganz vergessen, müssen alle Bindungen und Forderungen der Partei unsem Kampfziel unbedingt unterordnen, da wir der Gemeinwohl des ganzen Volkes dienen wollen. Wir werden den wichtigsten diplomatischen Parlamentarismus und den Parteifakt. Wir wollen an eine Stelle die Selbstverwaltung der Städte legen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteieninteressen, sondern aus führenden Personen der großen Städte und aus den tüchtigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird. Wir wollen die unerschütterlichen Grundlagen der Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen.“

„Jeder Kamerad, so schließt der Schwur, müsse und befinde sich als Träger der neuen politischen Staatsgestaltung. Er sei bereit, Gut und Blut zu opfern. Er liegt die drei Grundsätze des Vortagesaus, seinen eigenen Parteil Willen und des Wort seiner Führer, an.“

Die nordchinesische Armee im Vormarsch

London, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

In einem in Peking von den nordchinesischen Verbänden ausgehenden Communiqué wird ein übermächtiger Eise über die Truppen der chinesischen Nationalregierung verhandelt. Es wird behauptet, daß die Truppen der nordchinesischen Verbänden an allen Fronten und zu der sich abspielenden Schlacht zwischen 30 Millionen vorwärts seien. General Tschiang Kai Schek soll schwer verwundet sein.

Die Unterdrückung des indo-chinesischen Aufstandes

Paris, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Der Oberbefehl der Provinz Cantoh in Indochina sprach heute sein Urteil gegen 24 indochinesische Bauern, die angeklagt waren, an der Wende von D-Molen teilgenommen zu haben. 23 Männer wurden zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis fünf Jahren verurteilt, ein anderer wurde freigesprochen. Die indochinesischen Behörden sahen fort, Bestrafungen in den Unruheprovinzen, vor allem in Chomoi, vorzunehmen.

Fürstentum in Apeldoorn

H Haag, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Seit es in Apeldoorn zum Verleide des holländischen Könighaus die Oberherzogin von Luxemburg mit Gemahl eingetroffen. Zu gleicher Zeit trat in Amsterdam unter dem Namen eines Oberen Mannes der Erklärung von Bulgarien, Ferdinand, mit der Folge ein. Da der Gatte der luxemburgischen Oberherzogin ein Bruder von Kaiserin Jita und da auch Ostreich Ferdinand durch seine erste Ehe ein Verwandter des Bourbonenhauses ist, wird dieses glückliche Zusammenstreffen der beiden Könighäuser mit der Frage der unglücklichen Thronfolgefrage in Zusammenhang gebracht.

Polens griechisch-orthodoxe Kirche selbständig

Warschau, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Am einen feierlichen Akt wurde gestern dem griechisch-orthodoxen Metropolit von Polen, Donatius, in Gegenwart mehrerer polnischer Minister und sämtlicher polnischer griechisch-orthodoxer Bischöfe ein Unabhängigwerden des polnischen Staatspräsidenten überreicht, das ein konstitutierendes orthodoxes Konzil für Polen einberufen.

„Antifortwärtigen“

Moskau, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Die Zeitung „Swawestnik“ bemerkt in ihrer letzter Form die Absichten einzelner französischer Militärs, monoch die Sowjetregierung an die in Moskau wohnende in sich selbst Mission weitestgehend politische und militärische Forderungen gestellt habe. Moskau soll u. a. die Stationierung von 25 000 Mann Sowjettruppen der Nordarmee und russische Besatzungsmächten für Genua, Neapel und Romale gefordert haben. Das Blatt fordert in diesem Zusammenhang von „freien französischen Antifortwärtigen“, eine Redeansatz, die ganz zu dem Post, den man seit der Entfaltungsoffiziere des Generals Ruffenpost französisch gegenüber in der höchsten Presse anstellt.

„Daily News“, „Daily Chronicle“, „Times“

Die liberale „Daily News“, einst von Charles Dickens gegründet, hat, nachdem sie vor zwei Jahren die „Belmontian Gazette“ aufkaufte hat, jetzt auch den „Daily Chronicle“, das frühere Blatt „Acquity“, übernommen und wird von jetzt ab „Daily News and Chronicle“ firmieren.

Europäische Zusammenarbeit

Einbeziehung Englands

Genf, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Das Komitee für europäische Zusammenarbeit hielt heute nachmittag unter Vorsitz des holländischen Juristen Professor Eimburg und darauf des deutschen Reichstagsabgeordneten Dr. Weißkopf die erste Sitzung seiner diesjährigen Jahresversammlung ab. Der Vorstand ein längeres Besprechungsprogramm fand. Die Jahresversammlung beschloß, ein Antwortschreiben an Brandt sowie Besprechungsprogramme an Frau Dr. Stresemann und die Angehörigen des Reichstags zu senden.

Die nationalen Komitees für europäische Zusammenarbeit, so führte der geschäftsführende Präsident des deutschen Komitees, Wilhelm Felle, aus, habe keine große Propaganda gemacht wie die pan-europäische Bewegung, weil sie, mit Recht oder Unrecht, den Weg der direkten Einbeziehung leitender politischer Kreise für erfolgversprechender halten. Die Einigungsverhandlungen mit Goudenhove, um eine Herbeiführung der Bewegung zu vermeiden, seien erfolglos geblieben wegen der Frage der Einbeziehung Eng-

lands in eine europäische Union, die das Komitee im Gegenzug zu Goudenhove für unerlässlich hält. Der frühere englische Außenminister Emery hatte in Berlin Goudenhove nicht die allgemeine Meinung in England wiedergegeben, worauf das helle Beispiel die gegenwärtige Haltung der großen englischen Botschaften sei. Der französische Botschafter in Bern, Botschaften begründet dann seinen der Konferenz vorgeschlagen Bericht und machte dabei ein interessantes Eingeständnis, das zwar nicht neu ist, aber festgehalten zu werden verdient:

„Die hündige Redeansatz von der Aufrechterhaltung der Souveränität der Staaten in einem europäischen Verbande ist Unflin. Souveränität gibt es im alten Sinne dieses Wortes überhaupt in keinem Staat mehr, der großen völkervertraglichen Verbindungen. Das Erbe von der Aufrechterhaltung der Souveränität ist nur eine Fiktion, die die nationalitätliche Verbindungen überläßt. Die Länder, die sich einbeziehen, es geht heute noch so etwas wie Souveränität.“

„Das Komitee wird seine Arbeiten wahrscheinlich am Mittwoch abschließen, worauf dann der Jahreskongress der Union der Völkervertraglichen Eigen folgt, der seit dem Jahre 1921 zum ersten Male wieder in Genf stattfindet.“

Das Deutschtum in Oberschlesien

Tagung des Deutschen Volksbundes

Breslau, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Die getrennt in Katowitz abgehaltene Generalversammlung des Deutschen Volksbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polnisch-Oberschlesien war ein neuer Beweis für den Willen der deutschen Minderheit zur freundschaftlichen Verständigung mit dem polnischen Staat gegenüber. Der Präsident des Volksbundes, Weing Wittig, erklärte gegenüber manchen Unterstellungen, daß die im Volksbunde zusammengeschlossenen Kreise die schlesischen Deutschen nicht anerkennen, sondern daß sie gerade in der Besatz der besonderen Arbeit der Minderheitsorganisationen bestehen. Der Deutsche Volksbund ist im letzten Jahre durch den Preispruch seines geschäftsführenden Direktors Otto Willig von dem früheren Vorbande getrennt worden, daß er gegen den polnischen Staat arbeite und in unzulässiger Weise an der Grenze die Sicherheit des Staates antreibe. Der Preispruch von Willig schaut einen wesentlichen Schritt nach vornwärts. Die nationalitätliche Kognition gegen das Deutschtum ist damit aufhört.

Willig selbst betont in gleicher Weise, daß der Volksbund niemals eine Propagandaorganisation sein wolle, sondern lediglich die Pflicht habe, gemäß dem Wiener Abkommen den Rechtschutz der Minderheit zu gewährleisten. Aus dem Selbstverständnis des Volksbundes geht hervor, daß zur Zeit noch 70 hundertliche deutsche Minderheitspolen in 53 Schulortebänden mit etwa 15 000 Schülern vorhanden sind. Das Minderheitskollegium leide hart unter der Entlass, daß die Leiter der Minderheitskollegien mit 74 u. S. Polen sind und fast 20 u. S. der Schreife ebenfalls. Die Beschwerden wegen dieser Mißstände haben leider keine Besserung gebracht. Die zwischen dem deutschen Außenminister Curtius und dem polnischen Außenminister Jazelt in Genf vereinbarte Einleitung der Formalitäten für die Schulamteilung hat sich leider noch nicht auswirken können, da die Katowitzer Volksbundsarbeit seine entsprechende Befragung erfolgt. Der Kampf um die Schulrechte der Minderheit ist Hauptaufgabe des Deutschen Volksbundes, geht insoweit weiter. Immer wieder wird mit nationalitätlichen Preisen aus die Eltern einmüht. Neuerdings sind wieder die Kinder in den Minderheitskollegien beauftragt worden, die Arbeitsstätte ihrer Väter mitzugeben. Die

Schulamteilung der Minderheit beschäftigt legt, für alle Kinder ein Katarifer anzulegen. Zu diesem Zweck sollen die Eltern Abkommen ausstellen, die u. a. — im Widerspruch zum Genf Abkommen — wiederum die Frage nach der Umgangssprache der Eltern, nach ihrer Herkunft, nach ihrem Arbeitsort enthalten. Diese Maßnahme jüngsten Datums hat unter der Minderheit gereizte Deutungen hervorgerufen. Sie führt sich dadurch in der Freiheit ihrer Entscheidung beeinträchtigt, und es ist anzunehmen, daß diese neue Entscheidung der Katowitzer Minderheit Anlaß zu neuen Auseinandersetzungen vor den internationalen Instanzen geben wird.

Nachwahl in Gnesen

Warschau, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Bei einer Nachwahl zum polnischen Sejm im Wahlkreis Gnesen, die durch die Unfähigkeitserklärung der ursprünglichen Wahl notwendig geworden war, behielten die Deutsche in ihrer angebotenen Mandat. Das bisherige Abgeordnete Verbot von Gnesen zurück. Von den polnischen Parteien genannt die optische Wahlrechtbewerber zu ihrem bisherigen Mandat ein zweites, das sie einer gemäßigten Mittelpartei abnahmen. Die Sozialisten gingen leer aus und verloren an Stimmen. Die Wahlbeteiligung der Deutschen betrug rund 80 Prozent, die der Polen nur etwa 60 Prozent. Das polnische Regierungslager hatte, wie bei allen Nachwahlen zum Sejm, Wahlenthaltung proklamiert.

Wiedertwahl des Oberbürgermeisters Wagner

Breslau, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Die Breslauer Stadtratsversammlung wählte heute Oberbürgermeister Dr. Wagner, dessen Amtsperiode Januar 1931 abläuft, mit 47 von 83 Stimmen auf weitere zwölf Jahre zum Oberbürgermeister der Stadt Breslau. Wagner, der bei den Demokratischen Partei angehört, wurde zum ersten Male 1918 gewählt. Während des Krieges habe er als Abgeordneter die Lebensmittelförderung der Stadt Breslau in außerordentlich Weise organisiert. Seine Wiederwahl war von den bürgerlichen Parteien vorgeschlagen worden und erfolgte auch mit ihren Stimmen gegen die Linke.

Ohne Artikel 48!

Stuttgart, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

Der Bundesauschuß der deutsch-demokratischen Partei Württembergs brachte in einer Einbeziehung zum Ausdruck, daß er die Beteiligung an der Reichsregierung unter Vorbehalt der eigenen Haltung des Reiches einmüht. Er gesteht sich als bedrohlich ein Eingeständnis für die Erzielung der dringlichsten parlamentarischen Arbeiten ohne Anwendung des Artikels 48 gegeben wird. Er erwartet von der Reichsregierung, daß sie an ihren Programmatischen der Ausgabenteilung, des sozialen Ausgleichs, der Wohlfahrt, der Bauernförderung im Osten mit größter Eiferarbeiten selbst und daß nimmermehr die Reichsregierung im höchsten Maße für die Bewältigung der schwierigen Finanz- und Steuerreformfragen einmüht. Schließlich der Parteienfrage sei die Partei zu führen, daß eine große Zusammenfassung der Mitte möglich wird. Der Bundesauschuß wünschte aber keine organisatorische Zusammenfassung, die von dem geteilten Gehalt des demokratischen Programms nicht möglichen bestimmt wäre. Die Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei in der württembergischen Regierung habe sich bewährt. Der Bundesauschuß gebe der Landesregierung anheim, diese Zusammenarbeit noch enger zu gestalten.

Deutsch-dänische Friedenstagung

Kopenhagen, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

In Kopenhagen verarmten sich in diesen Tagen die Vertreter des deutschen und des dänischen Friedensvereins, um über die kulturelle Verständigungsarbeit, vor allem auf dem Gebiet der Jugendbegegnung, zu beraten. Es wurden u. a. Erfahrungen über den Schulunterricht ausgetauscht, wobei sich wiederum die Freibe-

wertung nach einer Umgestaltung der Verhältnisse, und Beschlicher im internationalen Sinn ersucht. Auf deutscher Seite nahm neben einigen Botschaftern General von Schöningh an der Tagung teil.

Schützenfeuer an der polnisch-litauischen Grenze

Warschau, 2. Juni / Ulstein-Nachrichtendienst

An der litauisch-polnischen Grenze kam es heute nach dem Dorf Olsztyn im Bezirk Gumball wieder einmal zu einer großen Schützenfeier. Nach der polnischen Darstellung sind die polnischen Grenzwachposten im Punkte von litauischem Gebiet aus beschossen worden, ohne daß sie schütten konnten, nur die Schiffe abgab. Es antworteten selbst mit mehreren Salven, worauf sich ein längerer Artilleriegefecht entspann, bei dem ein polnischer Unteroffizier schwer verwundet wurde. Da auch die litauischen Schützen Verbundenheit hatten, konnte nicht festgestellt werden.

Gegen die Sonderbelastung der Beamten

Auf dem Verbandstag des Deutschen Postverbandes in Berlin behandelt der erste Vorsitzende, Oberpostinspektor Schneider, das sogenannte Beamtennotgesetz zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und die Ausgabenentlastungsgepläne der Reichsregierung. Er lehnte eine Sonderbelastung der Beamten und eine Wiedereinrichtung ihrer Rechte in jeder Hinsicht ab.

Metallarbeiterfreiz in Genf
4000 Metallarbeiter sind in Genf in den Streik getreten. Alle Unternehmen der Metallindustrie mit Ausnahme der Drehmaschinen sind durch den Streik betroffen.

Neue Aufgaben der 'Vossischen Zeitung'

Zugabe-Konkurrenz

Der Reichswirtschaftsrat hat sich kürzlich in einem Gutachten gegen ein radikales Zugabeverbot, aber für gesetzliche Unterbindung der Gratiskundgebung von Zugaben ausgesprochen. Der namentlich veröffentlichte ausführliche Bericht und einzelne Zitate sind im nächsten Heft, gibt einen wertvollen Einblick in die Erhebungen und Überlegungen, die den Reichswirtschaftsrat zu seiner Stellungnahme bestimmt haben. Ausser er geht aus dem Beschlusse, daß der Wettbewerb im Einzelhandel verschärft werden muß. Aber den Ursachen des verschärften Wettbewerbs wird er nicht in vollem Umfang gerecht. Er sagt:

Warnhäuser immer stärker um sich greifende Kapitalkonzentration, das Entstehen zahlreicher Filialunternehmungen und Versandgeschäfte, die alle unter der Parole billigen Massenindustrie und anderer zu starkem Preisdruck fast ohne Unterbrechung Sonderveranstaltungen jeglicher Art kommen riesige Warenmengen abzusetzen suchen, haben neben dem durch die Konsumgenossenschaften den selbständigen Einzelhandel das Leben immer schwerer gemacht und zu einer außerordentlichen Zuspitzung des Wettbewerbs geführt. Einer solchen auf dem durch Überproduktion bei der Anpreisung seiner Waren zu überbieten, und so ist in der Tat teilweise eine Verwilderung im Wettbewerbseck eingetreten, gegen die der ehrbare Kaufmann mit Recht Abscheu empfindet.

Diese Darstellung ist richtig, aber unvollständig. Der steigende Anteil der Einzelhandelsarten an dem gesamten Einzelhandelsumsatz beruht ja nicht zuletzt auf dem Zwang zur Rationalisierung, der nach der Produktion auch die Verteilung ergriffen hat, und former auf der Tatsache, daß heute das Publikum selbst hohe Ansprüche an den Kundendienst stellt. Daß der Begriff des Kundendienstes jedoch nicht nur auf den Einzelhandelsbetrieb zu beschränken, die nicht zu rechtfertigen sind, soll nicht bestritten werden. Endlich aber hat sich (abgesehen von dem durch die Kapitalkonzentration bedingten Konkurrenzdruck) ein Detailhandel stark vermehrt, so daß von hier aus der Wettbewerb der Kleinen untereinander sich verschärft hat. Dadurch sind einige Logen und guten Qualitäten besteht, ist zugegeben. Daneben aber spielt heute auch die Art des Angebots, die Erleichterung des Einkaufens an sich eine wichtige Rolle. Die Konkurrenz der Kleinen untereinander, die Käufer von Preis und Qualität der Ware, die er eigentlich verlangt, ab. Deshalb wird sich mit Recht beklagt, zu dem Zweck, als sei der Wert des Zugabematerials, wie jede andere Propagandamaßnahme, als „Gesellschaftskosten“ in den Preis der Waren einbezogen. Die Konkurrenz der Kleinen untereinander ist nur ein Symptom und noch nicht mal ein allzu bedeutendes Symptom des allgemeinen Wettbewerbs. Denn nach den Schätzungen des Reichswirtschaftsrats betragen die Zugaben in der Werbung für Waren, etwa 30-36 Mill. M., für Wörtchen, also Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, dagegen nach Berechnungen von Prof. Julius Hirsch 800 bis 900 Mill. M. Ein wesentlicher Teil aller Zugaben auf Markenartikel, also auf Waren, in denen der natürliche Wettbewerb der Preissteigerung nahe liegt.

Je schwerer aber die Grenze zwischen unsachlichem und unläutendem Wettbewerb zu ziehen ist, desto dringender wird die Frage, wie man den Ursachen der gegenwärtigen Wettbewerbsschwäche im Einzelhandel bekommen kann. Der Kampf gegen Auswüchse des Zugabewesens und die Schiedsstelle für Wettbewerbsfragen in der Hauptgemeinschaft sind. Immer stärker aber wird die Tendenz, ohne Rücksicht auf zwangsläufige wirtschaftliche Entwicklungen, die Größten zu Gunsten der Kleinen zu schützen. Gewiß ist die Sorge um den Lebensempfang des einzelnen heute ein vordringliches Problem, zumal es fast unmöglich ist, bisher selbständige Einzelhandelsbetriebe zu erhalten. Die Frage ist, ob man sich zu überbieten. Man soll deshalb die Härten der Entwicklung mildern, aber nicht die Entwicklung selbst unterbinden. Die Möglichkeit, sich zu überbieten, ist ein notwendiges Mittel, um man zum Teil nach dem Beispiel der Großbetriebe lebensfähig zu machen, sind noch längst nicht erschöpft.

Goddiskontbank in neuer Form

Es ist jetzt genau vier Monate her, daß der damalige Reichspräsident Dr. Schacht der Öffentlichkeit in einem fertig ausgearbeiteten Plan über die Änderung des Gewinnverteilungsschlüssels der Reichsbank zugunsten des Reiches und über die den Anteilseignern als Entschädigung hierfür zu gewöhnliche Abfindung unterbreitete. Seit reichlich einem Jahr liegt der Plan in der Hand der Reichsbankaktionäre zu den Schachtenschen Vorschlägen vor. Wenn trotzdem die Ausschreibung des Bezugsangebots auf nur 100 bis 120 Millionen Reichsmark statt der 100 bis 100 Millionen Reichsbankanteile und 10 Pfund Goddiskontbankanteile gratis bezogen werden — noch immer auf sich warten läßt, so liegt der Grund nicht in der Unzulänglichkeit der Vorschläge, sondern in dem einseitigen Beschluß der Reichsbank-GV gegen, sondern auch die gesetzgebenden Faktoren des Reiches ihr Placet erteilen könnten. Die Reichsbankaktionäre sind in der Lage, die Arbeiten, insbesondere mit der Verabschiedung der Steuerergesse und des Etats, hat bisher eine Abstimmung über die Vorschläge der Reichsbankaktionäre nicht stattgefunden, was nicht stattdessen können. Wie wir jedoch erfahren, rechnet man in maßgeblichen Kreisen damit, daß diese Frage noch vor den Sommerferien des Reichstages, also etwa am 1. August, im Reichstag erledigt werden wird.

Nicht ganz so zuversichtlich ist man hinsichtlich der Änderung des Goddiskontbankgesetzes. Der Wechsel im Reichstag ist ein Hindernis für die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Reichsbank verzögert, und man muß sich auf eine Verweisung der Reichsbankaktionäre bis zum Herbst gefaßt machen. Nach unseren Informationen dürfte sich aber auch in diesem Falle die Ausschreibung des Bezugsangebots unmittelbar vor der Sitzung des Reichstages im November 1930 anschließen. Der Rahm des bisherigen Gesetzes ist weit genug, um der Goddiskontbank die Ausübung ihrer Funktionen zu ermöglichen, und neuen von Dr. Schacht aufgestellten Gesetzen seinem Nachfolger in der kommenden Wahlperiode zu gestatten.

In Bezug auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Bank ist kein Grund zur Besorgnis vorhanden. Die Bank hat sich allerdings von den ursprünglich aufgestellten 14 Paragraphen nicht völlig freigebt. Drei ganzen Paragraphen und einer Hälfte eines sind im Reichstag nicht angenommen worden. Ausgaberecht der Goddiskontbank Bezug nahmen, war ohnehin nur eine sehr beschränkte Bedeutung beschieden; sie sind bereits mit dem Inkrafttreten des Bankgesetzes von 30. August

1924 inaktiv geworden. Ein weiterer Paragraph, der als Entgelt für das praktisch nie wirksam gewesene Emissionsrecht eine infolgedessen nie gezahlte Gewinnbeteiligung des Reiches vorsah, wird namentlich auch oft bemerkt. Die Reichsbankaktionäre sind im Hinblick auf die Goddiskontbank bisher genossen hat, beseitigt werden, fällt ferner der § 11.

Offen ist noch die Frage, ob die bisherige Befreiung von der Besteuerung aufrechtzuerhalten ist. Unabhängig von der gesetzlichen Regelung glauben wir jedoch, sagen zu können, daß die Reichsbank den berechtigten Wünschen der Börse, bei

Einführung der Goddiskontbank-Aktien einen Prospekt in die Hand zu bekommen, Verständnis entgegenbringt. Schließlich sind auch die Erwägungen darüber, ob die Goddiskontbank zugunsten des Reiches in die Aktienform überzuführen, auf englische Pfunde abzustellen, bestehen bleiben, soll nicht abgeschlossen. Unter den heutigen Verhältnissen wäre es lebhaft zu begrüßen, wenn bei der notwendigen Neuordnung des Gesetzes auch diese Frage berücksichtigt und in einem dem Prestige der deutschen Währungsrechnung tragenden Sinne entschieden würde.

Neue Aufgaben der Kreditversicherung

Internationale Vereinigung tagt

Heute tagt in Berlin die Internationale Kreditversicherungs-Vereinigung. Indem sie die aktuellen Fragen der Kreditversicherung in voller Öffentlichkeit behandelt, will die Vereinigung ihre Ziele erreichen und zu einem Bindeglied zwischen Versicherungs-Gesellschaften und ihren Kunden werden.

Die „Internationale Kreditversicherungs-Vereinigung“ hat Berlin zum Tagungsort gewählt. Wir begrüßen das mit einer heiteren und einem nasser. Angehört, weil darin Deutschland große Rolle im Kreditversicherungswesen spielt. Die Vereinigung hat in der Vergangenheit ein Rekordjahr an Insolvenzen ihren uns haben und so den „Herren über die Insolvenzen“ einen Ansehensverlust nicht nur bei nicht wenigen, sondern auch bei den „Herren über den sonderem Wert sein, weil das Motto: „Pecunia et intra muros“ über dem Rednerpult in der Handlungskammer mit unsichtbaren Letzter geschrieben sein wird. Angesichts des Zusammenbruchs der Frankfurter Abzahlungsgesellschaft und des Plassens der „Vaterländischen Kreditversicherungs-Gesellschaft“ ist es nicht verwunderlich, daß die Vereinigung Kaufmannschaft, auch soweit sie nicht Kreditversicherer sind, besonderes Verständnis gewohnt worden ist.

Diese Aufgabe ist um so dringender, als in Deutschland ein „Herren über die Hand hat, und als die Kreditversicherer einen internationalen nahezu geschlossenen Ring bilden. Hier sind die Vereinigten Staaten von Europa mit wenigen Ausnahmen die einzige Nation, die die Rechte des Selbstbestalt für die ganze Welt. Das hat, wie alle Monopole, seine Gefahren, wenn man die Kreditversicherung als wirtschaftliche Notwendigkeit überhaupt bejaht. Nicht alle Kaufleute sind davon überzeugt. Sie haben die Versicherung für sehr teuer, zum andern gewährt sie gerade im Insolvenzfall des Versicherten nicht immer Schutz (der Herms zahlte vielmehr 75 pCt. der Prämie zurück), endlich ist die Höhe des Selbstbestalt für viele Kaufleute ein Stein des Anstoßes. Sie rechnen sich aus, daß sie durch genügende Rückstellungen besser als die Konkurrenzliche Salopeterpreis um 1 Pf. per Tonne sein, aber oft ist es auch richtig. Die steigenden Ziffern der Kreditversicherung in allen Ländern beweisen aber doch das Bedürfnis.

Konzentrierter Salpeter

Programm der „Ascosana“

Wie der „Voss. Ztg.“ aus London gemeldet wird, liegen Arbeits- und Finanzprogramm der chinesischen Salpetergesellschaft „Ascosana“ fest. Aufgabe des neuen Unternehmens ist zunächst die Übernahme von Obligationsschulden und Vorkaufaktion aller produktion chinesischen Salpeterunternehmungen, ferner die Schaffung eines Abkommens mit den Unternehmungen, die ihre Salpeterfelder nicht bearbeiten können. Freilich wird das zunächst ein riesiges Stück sein, eine Last von 30 Millionen Pfund mit jährlicher Zinsbelastung von 3 Millionen Pfund rechnet. Weiter wird die Herstellung von Salpeter in der Mithraswerke für sehr stehende technische Anlagen mit einer Produktionskapazität von 70000 T. Salpeter pro Jahr aufzubringen haben. Das Gesamtkapital des neuen Unternehmens beträgt 75 Millionen Pfund, von denen die Hälfte der chinesischen Regierung und die andere Hälfte den bisherigen Unternehmen zerteilt wird. Das Communiqué gibt die muthmaßlichen Schwere des neuen Unternehmens für die nächsten fünf Jahre mit 4 Mill. Pf., 5 Mill. Pf., 6½ Mill. Pf., 8 Mill. und 9 Mill. Pf. an. Diese Ziffern beruhen auf der Annahme, daß die Produktion der Mithraswerke in den nächsten fünf Jahren niedriger sein wird als im vorigen Jahr, obwohl — wie der Bericht hinzufügt — ein derartiger Preisfall nicht unmittelbar zu erwarten ist.

Die Verhandlungen zwischen deutschen und britischen Produzenten von künstlichem Salpeter mit der Minderheitsgruppe

Osteutsche Papierunion

Die Schlessische Cellulose- und Papierfabriken A.G. Hirschberg-Cunnersdorf i. Bsgb. (Konzern Combined Pulp and Paper Co.) beruft auf den 25. Juni eine a.o. GV, ein, die die Zusammensetzung der Schlessischen Cellulose- und Papierstoffwerke A.G. Frankenberg i. Schl. aus, abzuschießenden Vertrag Beschluß fassen soll, wonach diese Gesellschaft von der Schlessischen mit der, sich verabschieden werden soll, jedoch nur mit dem, besonders aufzuführenden Effekten und Beteiligungen sowie mit sämtlichen Passiven über-übernahme der Firma, gegen Gewährung von neu zu bestimmenden Aktien, die dem Namen der Firma der des Bezugsrechts der Aktionäre zur Beschlußfassung vor. — Die Osteutsche bleibt demnach anscheinend mit einem geringeren, jedoch noch nicht auf den bisher der Zweck dieser Maßnahme bekanntgegeben wurde.

400 Daimler-Benz-Arbeiter werden entlassen. Im Spidelfinger-Werk der Daimlergesellschaft werden, wie der Süddeutsche Wirtschaftsdiener der „Vossischen Zeitung“ aus Stuttgart dröhrt, in der nächsten Zeit weitere 400 Ar-

Anderserseits muß man den Kreditversicherer zugeben, daß sich auf bei besonders schlupfrigen Boden bewegen. Die Insolvenzfut ist überall gewaltig gestiegen, die Zahl der Fälle, in denen strafrechtlich Verfahren, dabei eine Rolle spielen, ist Legion, und endlich gibt es auch im normalen Geschäft genug Versicherungsfälle, deren Überprüfung man am besten unterläßt. Das ist in allen Ländern so, und darum kann die Kreditversicherung nur international sein.

Es wäre trotzdem verfehlt, wollte man annehmen, daß die Kreditversicherung sich in der Zukunft als ein geschlossenes System ihrer Klienten bilden wird. Im Gegenteil, je feiner ihre Organisation ist, je umfassender das Netz der Auskunfteien und der Geist der Solidarität bei ihnen wird, desto weniger wird sie sich von solchen Angriffen durch ihre Solidarität abschrecken lassen. Es kommt hinzu, daß mit der Kreditversicherung eine Kreditüberwachung verbunden ist, die den Klienten zugute kommt, auch wenn sie zunächst auf dem geschäftlichen Interesse des Versicherers dient. Endlich darf man nicht vergessen, daß die Basis der Kreditversicherung sich wesentlich gegenüber der Kreditversicherung verschoben hat. Hunderte von neuen Firmen sind gekommen, hunderte sind gegangen. Wer heute noch „gut“ ist, kann morgen „faul“ sein. Die Versicherer müssen sich darauf gefaßt machen, und damit das Risiko, nicht nur aus einer normalen Auswertung des Handels, sondern auch durch organisatorische Veränderungen im Waren-geschäft, durch Bankausfallvereinigungen einerseits und ganz neuen des Handels, vor allem im Export, andererseits.

Darum sind auch die Aufgaben der Kreditversicherer ande- andere geworden. Andere Aufgaben bedingen andere Methoden: Die Kreditversicherer sind es, die letzten Endes in der Auswertung der Versicherer und Versicherten hilft, wenn sie die Aufgabe möglichst weit fassen. Darum gehen die Internationalen Kreditversicherer auch daran, neben der Ausgestaltung des Auskunftswezens in Bezug auf Schnelligkeit und Zuverlässigkeit, die allgemeine Marktbeobachtung in allen Ländern zu betreiben. Die Kreditversicherer sind es, die die Auswertung des Handels und Handelswege und geben dadurch ihren Klienten wertvolle Fingerzeige über die einzelne Auskunft hinaus. Von besonderer Bedeutung erscheint uns das Studium der internationalen Konkurrenz, damit die Gläubiger über ihre Rechte in fremden Ländern besser unterrichtet werden, als es heute der Fall ist. Wenn darüber hinaus die Vereinigung noch Schriftverkehr in einer Auslegung dieser Rechte sein kann, dann wird es dem völkerverbindenden Handel einen außerordentlichen Dienst leisten. Sie würde aber noch weit mehr in der Kampferstellung dienen, wenn sie auch einmal die Wünsche der Versicherungsnehmer zum Gegenstand ihrer Beratungen machte.

Dr. E. D.

Ungarische Agrarreform

Die ungarische Regierung hat den Vertretern des Getreidehandels und der Mühlen zugesagt, daß sie ihre Entscheidung in der Frage der Reform der Getreideverwertung erst nach mündlicher Verhandlung mit den Interessierten treffen werde. Ueber die Absichten der Regierung sind die verschiedenen Versionen verbreitet. Der neueste Plan ist die Einführung einer Mehlsteuer von 8 Fungo pro Doppelzentner.

Aus dem Ertrag dieser Steuer soll ein Fonds geschaffen werden, der einerseits die Aufrechterhaltung der Weltmarktpreise für Getreide und Mehl zu sichern, andererseits die Konkurrenz auf den durch Schutzzölle sozusagen abgegrenzten Märkten der Nachbarländer ermöglichen würde. Die Mühlenindustrie wird sich gegen die Einführung einer agrarischen Steuer geltend, denn man befürchtet, daß die Mühlenindustrie den größeren Anteil aus dem Steuerertrag für sich zu erhalten. Das Ergebnis aus schließlich die Mühlenerindustrie vor Augen.

Gewiß ist, daß eine Einigung des Getreideterminals erfolgreich wird, so daß das Schweregewicht der ungarischen (Geld)politik auf Chicago verlegt werden dürfte.

Verlustabschluß der Bing-Werke

Nürnberg, 2. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Das Geschäftsjahr 1929 der Bing-Werke vorm. Gebr. Bing AG. in Nürnberg schließt nach Abschreibungen von 0,5 (0,57) Mill. M. und unter Verwendung des Vortrages von 0,6 (0,67) Mill. M. mit einem Verlust von 0,11 (0,11) Mill. M., 0,215 Mill. RM Gewinn mit 0,9 Dividende von 0,10 Mill. M. getragen werden soll. In der Bilanz stehen den Debitoren mit 5,30 Mill. (1. V. 5,41), Rohmaterialien, Halbfabrikate und Fertigerwaren mit 4,99 (7,18) und Beteiligungen mit 1,45 (1,64) Mill. M. (1. V. 2,29) 0,0. Ganz anders sieht die Bilanz der Pflanzwerke in Höhe von 4,75 (4,61) Mill. M. gegenüber.

Stralsunder Hatemühle in Zahlungsschwierigkeiten. Die Stralunder Hatemühle G. m. b. H., Stralsund, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sie strebt ein andergerichtetes Konkursverfahren ein. Der Vorstand besteht aus dem Geschäftsführer, Gutsherrn Jäger-Lobkowsky u. a. RM Gewinn wird die Aktien betragen 141788 RM, die Passiven 151305 RM.

